

Das Ende der Fahnenstange (ist noch lange nicht erreicht)

Am 01.09.2015 erschien auf der Homepage der Gemeinde Barleben der Beitrag

„Beratungen der Arbeitsgruppen haben begonnen“

<http://www.barleben.de/Startseite/index.php?NavID=2276.48&object=tx|2276.3102.1&La=1>

Alle Planungen zu Zusammenlegungen und Erweiterungen vorhandener Schul- und/oder Kita-Gebäuden bedürfen einer finanziellen Unterlegung durch Mittel aus dem Haushalt der Gemeinde, ggf. unter Einbeziehung von Fördermitteln (insbesondere aus dem Programm „Stark III“). Haushaltsmittel sind jedoch nicht vorhanden, es fehlen Millionen. Fördermittel müssten rechtzeitig beantragt werden und sind grundsätzlich mit Anteilen aus Eigenkapital zu unterlegen. Eine Beantragung für alle Projekte im Zusammenhang mit einem Schulerweiterungsbau (allein der Anbau: geschätzte Kosten über vier Millionen EUR) und den damit verbundenen Umstrukturierungen ist noch nicht erfolgt.

Somit steht zu erwarten, daß alle Überlegungen und Planungen der Arbeitsgruppen ins Leere laufen werden. Weder werden in ausreichendem Maß Fördermittel bewilligt, Eigenkapital ist nicht vorhanden, noch sind neue Kreditaufnahmen genehmigungsfähig. Warum aber betreibt man nun diesen Aufwand inkl. der Darstellung über die Homepage (der Mittellandkurier wird wohl in ähnlicher Form aufgemacht)? Hier deutet sich im Moment folgendes Szenario ab:

Den Mitarbeitern/Innen der Kitas wird vermittelt, dass nur mit einer Zusammenlegung der Schulstandorte eine Privatisierung der Kindereinrichtungen vermieden werden könnte. Somit kann dann auf die Schulen und deren Mitarbeiter auch von dieser Seite aus Druck aufgebaut werden, Änderungen zuzustimmen, welche dann allerdings auf Grund fehlender finanzieller Mittel nicht umgesetzt werden. Letztendlich steht dann zu erwarten, dass eine Privatisierung der Kitas vorgenommen werden muss und – schlimmstes Szenario, bei nicht ausreichender Entwicklung der Schülerzahlen an der Sekundarschule Barleben, eine Schulschließung droht. Das Konzept der jetzigen Sekundarschule zur Entwicklung als Gesamtschule wird vermutlich der einzige Weg sein, um zumindest die Schulschließung zu vermeiden. Es muss nicht so kommen, aber die Gefahr droht.

Wie bereits im vorherigen Beitrag dargestellt, wird der Verfügungsrahmen des Kassenkredits der Gemeinde Barleben evtl. im letzten Quartal 2015 nicht mehr ausreichend sein, um alle Pflichtaufgaben bezahlen zu können. Welche Auswirkungen dieser Sachverhalt nach sich zieht, ist derzeit nicht überschaubar.

Fakt ist aber, dass es jetzt wirklich ans Eingemachte geht. Alles, was eingespart oder zu Geld gemacht werden kann, ist umzusetzen. Dieses hat die kommunale Aufsichtsbehörde sehr deutlich zu verstehen gegeben. Auch unpopuläre Maßnahmen sind in Erwägung zu ziehen und zu realisieren. Hierzu gehört es auch, einen Pressesprecher und freiwillige Aufgaben des Unternehmerbüros (Welche andere Gemeinde in Sachsen-Anhalt – außer Barleben – leistet sich diesen Luxus?) mit anderen Aufgaben zu betrauen, bzw. diese Stellen bedingungslos einzusparen. Denn auch Öffentlichkeitsarbeit in diesem Rahmen ist eine freiwillige Aufgabe, für welche kein Geld mehr da ist. Wenn darüber hinaus die Öffentlichkeitsarbeit dazu

genutzt wird, um von den tatsächlichen Problemen und Risiken abzulenken, sind diese Aufgaben mehr als überflüssig.

Reichen wird es vermutlich nicht, um für 2016 einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Das große Heulen und Zähneklappern fängt jetzt erst richtig an.

Michael Lange